

# Danziger Zeitung.

Nr 8960.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Post-amtshäusern angenommen. Preis pro Quartal 4 M 50 R. Auswärts 5 M — Inscriere, v. Petz-Belle 20 R., nehmen an: in Berlin; S. Albrecht, A. Reitemeyer und Rud. Moosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Ostenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.



NEU TEMERE NEU TIMERE

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 6. Jan. Das Wolffsche Telegraphenbüro berichtet offiziös: Mit Bezug auf einen angeblichen, von der Florentiner "Epoca" veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem Fürsten Bismarck und Mazzini ist zu bemerken, daß ein solcher Briefwechsel niemals stattgefunden hat.

Versailles, 6. Febr. Die Nationalversammlung nahm in ihrer gestrigen Sitzung trotz des Widerspruchs der Minister die Vorlage über die Freigabe der Fabrikation von Pulver und Dynamit in zweiter Lesung an und vertrug sich darauf bis zum nächsten Donnerstag.

Madrid, 5. Febr. Eine amtliche Depeche meldet, daß bei Dieza am 4. d. a. acht carlistische Bataillone heftig die Positionen der Regierungstruppen am Berge Esquinza angriffen und bis zu den Tranchen vordrangen. Sie wurden schließlich mit großen Verlusten zurückgeworfen. Moriones und Despujols werden heute gegen die carlistischen Stellungen bei Santa Barbara vorgehen.

## Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bern, 5. Febr. Der Schah von Persien hat seinen Beiritt zu der Genfer Convention betreffend die Verbesserung des Zootes verwundeter Krieger officiell angezeigt lassen.

Madrid, 5. Febr. Borilla hatte für Wiederherstellung der Republik Propaganda zu machen gesucht und ist deshalb vor der Regierung verwarnt worden. Derselbe hat sich in Folge dessen nach Frankreich begeben.

London, 5. Febr. Das Parlament ist heute Namens der Königin mit einer Thronrede eröffnet worden. In der selben wird betreß der Beziehungen Englands zu den auswärtigen Mächten hervorgehoben, daß die Königin fortlaufend aufrechtige Versicherungen der Freundschaft von allen Mächten empfange und daß die Erhaltung und die Besiegung des Friedens das unaufließliche Ziel ihrer Bemühungen sei. Was die vorgebrachte Fortsetzung der Verhandlungen über die völkerrechtlichen Gebräuche im Kriege anbelangt, so habe die Regierung ihren Beiritt zu diesen Konferenzen nicht erklären zu dürfen geglaubt, da es unwahrscheinlich sei, daß die auseinandergehenden Ansichten, welche auf der Büffete Konferenz zu Tage getreten, mit einander in Einklang gebracht werden könnten. Die Frage der Anerkennung des Königs Alfons von Spanien werde von der Regierung in Erwägung gezogen und sei die Entscheidung derselben in Kürze zu erwarten. Die Regierung gebe sich dem lebhaften Wunsche hin, daß der innere Friede in dem großen, aber so schwer herzugesuchten Lande recht bald wieder hergestellt werde. Bützlich der inneren Verhältnisse des Landes wird in der Thronrede bemerkt, daß die Finanzlage eine zufriedenstellende sei und daß der Wohlstand des Volkes andauernd zunehme. Die Regierung werde ferner mit sich zu Rate gehen ob es nicht an der Zeit sei, die Ausnahmegesetze aufzuheben, die zur Zeit noch in England in Kraft bestünden. Was besondere dem Parlamente vorzulegende Gesetzentwürfe anbetrifft, so wird die Einrichtung des Instituts der Staatsbankwirtschaft angekündigt, damit durch dasselbe die angemessene Bestrafung aller Verbrechen gehörig sichergestellt werde.

## Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 5. Februar.

Das Haus genehmigte ohne Debatte in dritter Lesung die Gesetzentwürfe betreffend den Uferbau an der Werfer im Kreise Rinteln und die Regelung der in den §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 21. Mai 1856 festgestellten Pauschbeträge der in den hohenzollerschen Landen zur Erhebung gelangenden Wirtschaftsabgaben. — Ebenso wird auch das Gesetz betr. die Aufhebung der zur Unterstützung der Gebanmen bestimmten Abgabe von Tauen und Traummen in dritter Berathung genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Aulegung und Bebauung von Straßen

und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften.

Abg. Halen (Colberg): Der Gesetzentwurf ist im wesentlichen nur eine neue, wenig verbesserte und vermehrte Auslage des Entwurfes, der schon zweimal im Herrenhaus und einmal im Abgeordnetenhaus zur Berathung stand. Die Handlungen in der Commission haben damals eine so große Verschiedenheit der Ansichten zu Tage gefördert, daß es sich wohl auch diesmal empfehlen wird, den Entwurf an eine Commission zu verweisen. Eine Erweiterung dieses Gesetzes ist in manchen Punkten wünschenswert; so empfiehlt es sich z. B. die Bestimmung über den Bürgersteig der städtischen Straßen aus der Wegeordnung in dieses Gesetz herüberzunehmen. Die Grundlage über die Erwerbung des Straatenterrains müssen deutlicher und schärfer präzisiert werden. Bei der Festlegung der Baustrecke muß ein Unterschied gemacht werden zwischen bebautem und unbebautem Terrain. Im ersten Falle liegt die Feststellung der Fluchtlinie und die Verbreiterung der Straßen im Interesse der Communen, und diese muß den betreffenden Haubestitzer für seine wohlworbenen Rechte entschädigen. Bei unbebautem Terrain dagegen liegt es leidlich im Interesse der Grundbesitzer, wenn eine neue Straße angelegt wird. Ein Mangel des Gesetzes ist es, daß über die Abschaltung des Straatenterrains nicht spezielle Bestimmungen getroffen sind.

Abg. Miquel: Der Gegenstand dieser Vorlage erfordert allerdings mehr als irgend ein anderer eine einheitliche Regelung. Es tritt jedoch bei dieser Regelung grade im lebhaften Augenblick eine Schwierigkeit in der Richtung zu Tage, daß wir gegenwärtig gerade in der gesetzlichen Umwandlung unserer Behörden und der Feststellung ihrer wesentlichen Kompetenzen begriffen sind. In dieser Beziehung habe ich den großen Vorwurf gegen den Entwurf zu erheben, daß in einer Zeit, wo die ganze Gesetzgebung auf eine größere Selbstständigkeit der Gemeinde gerichtet ist, die bestehenden Gemeinderechte in diesem Entwurf in sehr vielen Beziehungen auf das Leutestaffel eingeschränkt sind, und dies auf einem Gebiete, das ganz naturgemäß der Selbstverwaltung der Gemeinde angehören muss. Der Entwurf stellt bei Entscheidung der wesentlichen Fragen überall die Polizeibehörde in den Vordergrund. Ich bestreite aber durchaus, daß die Fragen, wo Baulinien errichtet, ob ein Bauplan aufgestellt werden soll oder nicht, irgendwie Polizeifragen sind. In meiner Heimatprovinz haben die Polizeibehörden selbst in den Städten, wo königliche Polizei-Direktionen bestanden, in dieser Frage niemals, selbst nicht in den reactionären Seiten des Ministeriums Bories, eingegriffen. Nun steht im Entwurf, daß über alle Punkte, bei denen eine Einigung zwischen der Ortspolizeibehörde und dem Gemeindevorstand nicht stattfindet, entgültig der Kreisausschuß entscheiden soll. Ich halte diese Bestimmung, zumal bei den älteren Städtegemeinden, für einen entwederigen Eingriff in die Selbstständigkeit der Gemeindeverwaltung und kann nicht glauben, daß das Haus hierzu seine Zustimmung geben wird. Wir müssen die so weitgehenden Befugnisse der Polizeibehörden aus diesem Entwurf herausholen und dürfen nicht zugeben, daß die Selbstständigkeit der Gemeindeverwaltung noch hinter die Rechtszustände zurückgehe, wie sie bereits jetzt in vielen Provinzen bestehen. Sonst kann ich mich im Wesentlichen mit den Grundzügen des Entwurfs einverstanden erklären. Im Ganzen halte ich eine möglichst große Freiheit in dem Verfügungsbereich und in der Beschlusffassung der einzelnen Gemeinden für das erstrebenswerteste Ziel in dieser ganzen Materie. Auf keine andere Weise wird sich die große Verschiedenheit, die auf Grund des Herkommens, der Geschichte und der Praxis in den einzelnen Gemeinden bestehen, in befriedigender Weise ausgleichen lassen.

Handelsminister Achenbach: Mit dem Antrag, die Vorlage einer Commission zu überweisen, kann ich mich nur vollkommen einverstanden erklären. Es ist mir unzweifelhaft, daß diese Frage zu den aller schwierigsten gehört. Es darf daher die Regierung bei der Beurteilung einer solchen Vorlage eine gewisse Nachsicht in Anspruch nehmen. Was der erste Redner in dem Entwurf besonders vermisste, ist thatlich in ihm enthalten und höchstens einer näheren Präzisierung bedürftig. Ich hoffe, daß die Commission im Allgemeinen den Standpunkt der Vorlage beihalten wird, wenn auch einzelne Fassungsänderungen notwendig erscheinen mögen. Daß es sich hier nur um eine wenig verbesserte Auslage früherer Vorlagen handle, kann ich nicht zugeben. Es sind diese früheren Vorlagen vollständig bearbeitet worden. Der Vorredner hat den entchiedenen Vorwurf einer Beschränkung der Selbstverwaltung gegen den Entwurf erhoben. Es ist mir dies nicht recht verständlich gewesen. Der Entwurf enthält

gerade einen wesentlichen und sehr intensiven Fortschritt auf dem Wege der Selbstverwaltung. In den früheren Vorlagen war z. B. bestimmt, daß die Aufstellung der Bebauungspläne auf Anregung der Polizeibehörde erfolgen sollte, diese Initiative ist jetzt in die Hände der Gemeinde gelegt. Früher entschieden überall in letzter Instanz die Bezirksregierungen, gegenwärtig der Kreisausschuß. Es ist in der That nicht recht verständlich, wie der Vorredner einzelne Ausnahmefälle zu einem durchgreifenden Einmand gegen die Vorlage überhaupt aufstellen konnte, indem er die wenigen einzigen Städte, in denen eine königliche Polizeibehörde überhaupt nur besteht, seinen Ausführungen zu Grunde legte. In allen anderen Städten wird ja immer die Gemeindebehörde allein die Entscheidung haben. Die Vorlage will keineswegs vorausweise polizeiliche Gesichtspunkte gelten lassen, sondern steht voll und ganz auf dem Boden der Selbstverwaltung.

Abg. Baehr (Cassel): Verschiedene Bestimmungen des Gesetzes stehen mit der Gerechtigkeit gegen die Eigentümmer nicht in Einklang. Die Ortspolizeibehörde soll die Baustrecke bestimmen und wenn die Straße durch dieselbe an Lust und Licht gewinnt, so gleichzeitig dies doch auf Kosten des Eigentümers. Mir ist ein Fall bekannt, daß eine Baustrecke von 20 Fuß Breite gelassen werden sollte; soviel kam also der Eigentümer von seinem Grundstück ohne alle Entschädigung verlieren. In Anbetracht dessen müssen wir doch erwägen, ob nicht das Recht, die Baustrecke zu bestimmen, auf ein gewisses Maß reduziert und bei Überschreitung derselben der Eigentümer entschädigt werden muss. Auch durch Aufstellung eines Bebauungsplanes wird der Eigentümer in ungerechter Weise belästigt. Solche Pläne bleiben oft zehn Jahre und länger bestehen und schließlich werden sie vielleicht doch ausgegeben. Das Obertribunal hat längst auf gemeinschaftlichem Gebiete erkannt, daß eine solche Beschränkung den Eigentümern zur Einschädigung berechtige. Das Maß der Beschränkung des Grundstücksmüllers, welches § 12 bestimmt, muß genauer begrenzt werden. Wenn z. B. an einer Seitenwand des Gebäudes des Eigentümers eine neue Straße angelegt wird, so kommt er in die Lage, ohne jede Benutzung der neuen Straße zu den Kosten derselben bezuzahlen.

Abg. Graf Wirsching erläutert, was den materiellen Inhalt der Vorlage anlangt, im Großen und Ganzen auf dem Standpunkt des Abg. Miquel und empfiehlt die Verweisung der Vorlage an dieselbe Commission, welcher die Wegeordnung überwiesen werden wird.

Abg. Voewe: Ich vermiss in dem Gesetze die Berücksichtigung der sanitätspolizeilichen Vorschriften; die alten, auch nach diesem Gesetz fortbestehenden Bestimmungen genügen heute nicht mehr. Wenn wir einmal ein Gesetz über diese Dinge machen, so ist es doch wohl zu erwägen, ob wir die veralteten Bestimmungen einfach in dieses Gesetz übernehmen oder sie revidieren. Ich beantrage, den Entwurf an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Braum: Ich halte die nach diesem Gesetz erwartet hat: daß die Rechte der Mediatisturen, vormals reichsunmittelbaren Reichsstände, so weit dieselben in die Landesgelehrte übergegangen oder in bestimmten Rechten formuliert sind, weder durch die Auflösung des Deutschen Bundes, noch durch die Bildung des Norddeutschen Bundes eine Änderung erlitten haben. Die Theorie, wonach die Landesgelehrte alles kann, erkenne ich nicht an; sie kann vor allem nicht das Recht durchbrechen und wohlworbenen Rechte einfach befreiten. Ich habe geglaubt, daß man Gesetze geben muss, welche das Volk, auf welches sie angewendet werden sollen, befriedigen, nicht aber Gesetze, welche nach bestimmten vorgefaßten Theorien, nach einer Schablone gemacht sind und den Wünschen des Volkes widersprechen.

Justizminister Leonhardt: Das Haus der Abgeordneten hat vor mehreren Jahren zweimal nach einander das sehr dringende Verlangen an die Regierung gestellt, die Verfassungszustände im Herzogthum Arenberg zu korrigieren. Die Regierung ist darauf eingegangen und hat den Vertrag mit dem Herzog gekündigt. Die Kündigung ist seit mehreren Jahren abgelaufen, und die Verhältnisse werden in ihrer gegenwärtigen Verfassung lediglich durch eine königliche Verordnung in ihrem Bestande erhalten. Es ist durchaus erforderlich, die Sache bald thunlich zu regeln, wenn nicht diese ohne jeden rechtlichen Halt bestehenden Verhältnisse sich immer mehr verschlimmern sollen. Der Vorredner bringt sich sehr darüber, daß den übrigen Standesherren Preußen's größeres Recht gewährt sei als dem Herzog von Arenberg. Das ist richtig. Der Vorredner täuscht sich aber sehr, wenn er die Besiedeltheit von einer freundlichen oder unfreundlichen Gesinnung gegen die verschiedenen Standesherren ableitet. Wer mit den Rechtsverhältnissen eingerichtet beträut ist, für den liegen die Gründe ja auf der Hand. Die Verhältnisse der Standesherren können ja zur Zeit nicht mehr durch königliche Verordnung, sondern allein durch Gesetze geregelt werden. Die Regierung ist deshalb gar nicht in der Lage, dem Glauben sich hinzugeben, daß das Abgeordnetenhaus dem Herzog von Aren-

die Bestimmung des Entwurfs stehen bleibt, so ist das eine erhebliche Beschränkung der Communen und ich erwarte einen Aufschrei der größeren Städte dagegen, daß sie von einer Behörde, die die Specialverhältnisse nicht genau kennt, gewungen werden sollen, Ausgaben zu machen. Ich hoffe aber, daß eine Modification dieser Bestimmung keinen zu großen Widerstand bei der Regierung finden wird und daß die Commission in ganz kurzer Zeit mit diesem wichtigen Gesetze fertig werden wird. — Die Vorlage wird darauf an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern verweisen.

Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend standesherrlichen Rechtszustand des Herzogs von Arenberg wegen des Herzogthums Meyern.

Abg. Windthorst: Diese Vorlage enthält eine schwere Verlegung von Interessen meiner Wähler, die keine Veränderung der Verhältnisse wünschen, sie haben sich noch ihren gefunden conservativen Sinn bewahrt. (Heiterkeit) Es liegt in dem Gesetz auch eine Rechtsverlegung, denn aus den Vorverhandlungen geht deutlich hervor, daß der Herzog von Arenberg vollkommen bereit gewesen ist, im Wege der Verfassung die Verhältnisse zu ordnen; er hat nichts verlangt, was nicht anderer Standesherren bewilligt worden wäre. Ich kann deshalb nicht begreifen, wie sich die Regierung damit zu rechtfertigen sucht, daß man mit dem Herzog nicht zu Stande kommen könnte, daß es eine reine Unwahrheit und Atemwidrigkeit ist. Die Vorlage beweist Ihnen, daß auch die Regierung nicht bestreiten kann, der Herzog gebürt zu den Reichs-unmittelbaren. Die Regierung glaubt nur, daß diese Rechte liegt nach der Auflösung des Deutschen Bundes aufgehört haben. Aber die Rechte der Standesherren wären prinzpaliter gar nicht in dem Bundesvertrag Deutschland's, sondern in der Wiener Congressakte. Die Gründe des Berichtes sind wesentlich die, daß das Deutsche Reich die Erbschaft des Bundes nicht übernommen habe; daß es allerdinge wahr ist, daß es nicht so viel Rechtschafft bietet, wie der Deutsche Bund. (Heiterkeit) (Abg. Braun: Der Deutsche Bund hat ja auch die hannoversche Verfassung nicht geschafft.) Auf diesen Zuruf muß ich bemerken, daß dieser Beschluß damals unter den Auspicien des Reichskanzlers Fürsten Bismarck zu Stande gekommen ist. (Abg. Braun: Der Beschluß ist aus den dreißiger Jahren; das ist eine absichtliche Verweichung.) Jedenfalls wird das noch gelten, was der König von Preußen in einem Rescript, datirt Babelsberg, den 13. Juni 1863, dem Fürsten von Fürstenberg auf eine Eingabe erwidert hat: daß die Rechte der Mediatisturen, vormals reichsunmittelbaren Reichsstände, so weit dieselben in die Landesgelehrte übergegangen oder in bestimmten Rechten formuliert sind, weder durch die Auflösung des Deutschen Bundes, noch durch die Bildung des Norddeutschen Bundes eine Änderung erlitten haben. Die Theorie, wonach die Landesgelehrte alles kann, erkenne ich nicht an; sie kann vor allem nicht das Recht durchbrechen und wohlworbenen Rechte einfach befreien. Ich habe geglaubt, daß man Gesetze geben muss, welche das Volk, auf welches sie angewendet werden sollen, befriedigen, nicht aber Gesetze, welche nach bestimmten vorgefaßten Theorien, nach einer Schablone gemacht sind und den Wünschen des Volkes widersprechen.

Abg. Voewe: Ich vermiss in dem Gesetze die Berücksichtigung der sanitätspolizeilichen Vorschriften; die alten, auch nach diesem Gesetz fortbestehenden Bestimmungen genügen heute nicht mehr. Wenn wir einmal ein Gesetz über diese Dinge machen, so ist es doch wohl zu erwägen, ob wir die veralteten Bestimmungen einfach in dieses Gesetz übernehmen oder sie revidieren. Ich beantrage, den Entwurf an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Wirsching: Ich halte die nach diesem Gesetz erwartet hat: daß die Rechte der Mediatisturen, vormals reichsunmittelbaren Reichsstände, so weit dieselben in die Landesgelehrte übergegangen oder in bestimmten Rechten formuliert sind, weder durch die Auflösung des Deutschen Bundes, noch durch die Bildung des Norddeutschen Bundes eine Änderung erlitten haben. Die Theorie, wonach die Landesgelehrte alles kann, erkenne ich nicht an; sie kann vor allem nicht das Recht durchbrechen und wohlworbenen Rechte einfach befreien. Ich habe geglaubt, daß man Gesetze geben muss, welche das Volk, auf welches sie angewendet werden sollen, befriedigen, nicht aber Gesetze, welche nach bestimmten vorgefaßten Theorien, nach einer Schablone gemacht sind und den Wünschen des Volkes widersprechen.

Abg. Leonhardt: Das Haus der Abgeordneten hat vor mehreren Jahren zweimal nach einander das sehr dringende Verlangen an die Regierung gestellt, die Verfassungszustände im Herzogthum Arenberg zu korrigieren. Die Regierung ist darauf eingegangen und hat den Vertrag mit dem Herzog gekündigt. Die Kündigung ist seit mehreren Jahren abgelaufen, und die Verhältnisse werden in ihrer gegenwärtigen Verfassung lediglich durch eine königliche Verordnung in ihrem Bestande erhalten. Es ist durchaus erforderlich, die Sache bald thunlich zu regeln, wenn nicht diese ohne jeden rechtlichen Halt bestehenden Verhältnisse sich immer mehr verschlimmern sollen. Der Vorredner bringt sich sehr darüber, daß den übrigen Standesherren Preußen's größeres Recht gewährt sei als dem Herzog von Arenberg. Das ist richtig. Der Vorredner täuscht sich aber sehr, wenn er die Besiedeltheit von einer freundlichen oder unfreundlichen Gesinnung gegen die verschiedenen Standesherren ableitet. Wer mit den Rechtsverhältnissen eingerichtet beträut ist, für den liegen die Gründe ja auf der Hand. Die Verhältnisse der Standesherren können ja zur Zeit nicht mehr durch königliche Verordnung, sondern allein durch Gesetze geregelt werden. Die Regierung ist deshalb gar nicht in der Lage, dem Glauben sich hinzugeben, daß das Abgeordnetenhaus dem Herzog von Aren-

beide Künslin ausübt, verständlich wurde. Die Dame, welcher die Elisabeth, wahrscheinlich sehr wider ihrem Willen, zugestellt war, stand augenscheinlich in der deutlichen Empfindung, der Aufgabe nicht gewachsen zu sein und markirte gewissermaßen nur ihre Rolle. Durch das Kostüm das ganze Stück allerdings eine sehr unsymmetrische Gestalt. Dr. Hoppe spalte den Mortimer wieder mit allem Fleiß und aller Hingabe; aber wir wollen auch im höchsten Affekt vor Allem die Worte hören, und das war wenigstens im dritten Act nicht der Fall, wo ein überhaftiges Sprechen es unmöglich machte, dem Sinn der gesprochenen Worte zu folgen. Bei dem Burleigh des Hrn. Wohlmut fehlte uns Schärfe und Bestimmtheit in der Charakterzeichnung, wir erhielten nur Umrisse, wo wir ein kräftig hervortretendes Erscheinung gegeben. Die Maria Stuart der Fr. Erhartt gehört zu den Eindrücken, an die sich man gern und dankbar noch lange zurück-

erinnert. Von den übrigen Darstellern können wir nur den beiden Herren Ellmenreich und Fr. Müller (in der kleinen Partie der Hanna Kennedy) unsere unbedingte Anerkennung aussprechen. Fr. A. Ellmenreich veranschaulichte die weile Milde in dem Charakter Shrewsbury's gut, während Herr L. Ellmenreich den Lester in eleganter Form gab und mit so viel Liebenswürdigkeit ausstattete, daß die Macht, welche dieser unwürdige Mensch über beide Verse trug und den bewegten und wechselnden Gefühlen in der Streetcene stets den treffendsten und überzeugendsten Ausdruck gab. Fr. Erhartt am Donnerstag spielte, gehört zu den wirkungsvollsten Rollen ihres Gespiels. Hier stand die Künstlerin vor einer großen und schönen Aufgabe, welche vollkommen zu lösen sie durch ihr künstlerisches Verständnis, wie durch ihre glückliche Gaben berufen ist. In ihrem äußeren Erscheinen verbindet sich Anmut und Würde, wie wie es bei der Schiller'schen Maria vorausgesetzt, deren beiden Reize nicht haben zerfallen können und deren äußere Erniedrigung ihre geistige Bedeutung nur um so mehr imponieren darf. Diese Eigenschaften legte uns Fr. Erhartt nun im ersten Acte dar, während sie zugleich in dem Charakter der Maria das leicht ereigerte, langlebhafte Temperament, das sich noch begierig an jede kleinste Hoffnung der Rettung klammert, hervortreten ließ. Der dritte Act brachte uns zunächst die meisterhafte Declamation der lyrischen Ergüsse in der Gartenscene, dann die mit voller dramatischer Kraft und vorzülicher Mimik durchgeführten Scene mit der Elisabeth. In diesem Act gelangte das schöne Stimmorgan der Künstlerin zur vollen Geltung, das mit seinem ganzen Wohlklang in der lyrischen Recitation die leichsfiegenden Schiller-

heit, Jähorn, das wurden in dem Vorspiel mit erschütternder Wahrheit in Miene, Gebrüder und Ton gegeben, ohne daß die Grenze des Schönen dabei überschritten wurde. Nicht weniger gelang in dem zweiten Theil die Belebung des festen, geschlossenen und ruhigen Mädelcharakters, aus welchem nur ab und zu noch die Leidenschaftlichkeit hervorbricht. Und gerade das ist ein besonderes Verdienst der Darstellerin, diese Leidenschaft, die einmal in dem Charakter, wie es uns im Eingang gezeigt wird, angelegt ist, auch dann nicht verlernen zu lassen, wenn Jane Eyre die Seele, imponirende Selbstbeherrschung bekommen hat, die sie es mit der rauhen, gewaltigen Natur Rochester aufnehmen läßt. — Die gestrige Vorstellung macht auch im Ganzen einen günstigen Eindruck. Die guten Leistungen des Hrn. L. Ellmenreich als Rochester, der Frau Müller als Misses Reed sind von früher bekannt. Fr. Bernhardt spielte die kühle Rosette, Lady Georgine, sehr tactvoll. Fr. Horn (John), Fr. A. Ellmenreich (Wytfield), Fr. Wohlmut (Blackhorst) gaben ihre Rollen mit gewohnter Einfachheit, und auch die übrigen kleineren Partien trugen der Gesamtwirkung des Stücks keinen Eintag.

berg diejenigen Rechte einzuräumen wird, die den sonstigen Standesherren durch königliche Verordnung eingeräumt sind. Wo zu soll es also führen, den Versuch zu machen, beim Landtag diese Rechte für den Herzog von Arenberg durchzusetzen? Uebrigens hat der Herzog von Arenberg seine Rechte durch Missbrauch verwirkt. (Hört, hört! — Abg. Windthorst: Hört!) Dem Herzog von Arenberg für seine Person mache ich keinen Vorwurf; aber die Vorwürfe treffen seine Beamten und diejenigen, die den Beamten einen Platz gegeben haben möchten. (Hört, hört!) Die Zustände im Herzogthum Arenberg sind vom Jahre 1852 an stets unerträglich gewesen; dies ist schon früher ansehnbar fest worden von einem Mitgliede des hohen Hauses, welches jetzt denselben nicht angehört. Dies war die Eine von den drei Personen, welchen es befchieden war, den Felsch, welchen der Herzog von Arenberg der hannover'schen Regierung vorgelegt hatte, bis zur Hefe zu leeren; die zweite dieser Personen war der Abg. für Meppen und die dritte bin ich. Sie glauben nicht, welche Schwierigkeiten der Herzog von Arenberg der Justiz-Verwaltung zu allen Seiten gemacht hat, wie er die Wünsche der Regierung in keiner Weise berücksichtigt und in der Beziehung der Stellen in einer Weise verfahren hat, die mit einer guten Rechtspflege ganz unverträglich ist. (Hört! Hört!) Der Herzog von Arenberg steht den Verhältnissen von Meppen vollständig fern, er ist ein großer Herr, der in andern Ländern residirt, der aber seit seinem Regierungsdienst höchstens einmal das Herzogthum gesehen hat. (Hört! Hört!) Und nun ist es schlimm, daß seine Beamten so wenig den Verhältnissen bedrängt haben. Es muß endlich im Herzogthum ein Bustank der Rechtspflege und Verwaltung herbeigeführt werden, der den großen Verhältnissen der Monarchie entspricht. (Beifall.) Ich habe noch bevor, daß der Abg. Windthorst, als er zum zweiten Male als hannover'scher Justizminister ausgeschieden ist, von dem Herzog mit einer Fluth von Beschwörungen beim Bundesrat übergestossen wurde; der Herzog hatte Ansprüche erhoben, die alles Maß überschritten, und ich begreife nicht, daß der Dr. Windthorst jetzt mir gegenüber in solcher Weise die Sache verteidigen und von Theorie und Schablone sprechen kann. Die Sache liegt nun für den Herzog überaus ungünstig. Man kann fragen, ob dem Reich etwas Besseres erwartet. Wie faul die Verhältnisse in Ungarn sind, erhebt daraus, daß König wieder an's Ruder gelangen kann. Einmal fiel er, weil er persönlich nicht intact geblieben war, und dann wurden alle Sünden, welche heute in Ungarn bestellt werden, unter der Verwaltung Lombay's geboren. Er war der erste Finanzminister Ungarn's, als nach dem Ausgleich dort constitutionelle Bahnen eingeschlagen wurden, und die Richtung, welche er in der Finanz- und namentlich in der Aulahrnswirtschaft einschlug, blieb auch nach seinem Abgang maßgebend, er hat Ungarn in die Tasche geritten, und nun soll er auch sein finanzieller Retter werden. Vielleicht läßt sich dabei eben so viel verdienen wie beim Ersten. Schon seit Neujahr singt er bei der immer mehr zu Tage tretenden Messe an eine Rolle zu spielen, und Graf Andrassy, der seit Jahren mit ihm nicht gesprochen, benutzte damals ein auffälliges (?) Zusammentreffen im Eisenbahncoups, sich mit ihm zu versöhnen. In diesen Tagen hielt er bei der Budgetdebatte, welche die Krisis herbeiführte, eine große Rede, welche ihn wieder rehabilitieren sollte und welche Gewissheit wenigstens veranlaßt hat, ihm mit in seine Kreise zu ziehen, um nicht die 70 bis 80 Abgeordneten, welche hinter ihm stehen, als Gegner zu haben. Der Dritte im Bunde ist Coloman Tisza, bis jetzt der Führer der radikalen Opposition. Schon am Neujahrstage stieß sich derselbe als Retter des Landes auf, er ließ sich nämlich von den Mitgliedern seiner Fraktion die Neujahrsgratulationen darbringen und hielt bei dieser Gelegenheit eine "große" Rede, in welcher er bewies, daß Ungarn zu Grunde gehen müsse, wenn es nicht durch den großen Staatsmann Tisza gerettet werde. Damals stellte er den 1867 abgeschlossenen Ausgleich mit Österreich als die Grundursache alles Lebels dar und meinte, Ungarns Fall werde nicht früher erblühen, als es nicht diesen Ausgleich abgeschlossen habe. Dadurch aber hatte er sich gerade unmöglich gemacht; es wurde ihm von aller Welt gesagt, Franz Joseph werde niemals einen Mann ins Ministerium berufen, der nicht jene Thatache, auf welcher das politische Leben beider Reichshäfen beruht, acceptire. Der Führer der Opposition wußte Rath, er hielt am Mittwoch bei der Budgetdebatte wieder eine natürlich "große" Rede, in welcher er ungefähr das Gegenteil von dem sagte, was er zu Neujahr gesprochen; er meinte nämlich, der Ausgleich von 1867 bilde so lange den Rechtsboden auch für Ungarn, als er nicht durch eine Uebervereinbarung aller Factoren abgedeutet werde. Dadurch ist Tisza "regierungsfähig" geworden, wie die österreichischen Blätter unter Anerkennung der Weisheit des werdenden Ministers sagen. Ob auch der ehrliche Ghyck im neuen Cabinet eine Stellung finden wird, ist noch fraglich. Dieses aus allen Winkeln zusammengeführte Cabinet könnte wohl nur als ein Übergang angesehen werden. Ist Baron Semper wirklich der begabte Politiker und zugleich großer Reactionär, als welcher er bisher galt, so benutzt er die Leute aus der Mitte und von links, die sich ihm, um am großen Tische sitzen zu können, zur Verfolgung stellen, nur für einige Zeit, so lange er muß, um die noch immer nicht zu unterschätzende Dealpartei in ihre Altome aufzulösen, und schickt sie dann heim, um sich mit Leuten nach seinem Geschmack zu umgeben. Diesseits der Leitha aber fragt man sich: was wird für uns aus dem Wechsel der Dinge in Pest erwachsen?

Es scheint, daß Mac Mahon noch immer nach Broglie's Ratschlägen handelt. Als dieser sah, daß sich der Scheitelpunkt der französischen Nationalversammlung nach der linken Seite des Hauses neige, da sprang er schnell hinzu, um das Bürglein wieder mehr nach rechts zu lenken. Er summte mit seinem nächsten Anhänger für die so lange von ihm bekämpften Wallon'schen Anträge und suchte jetzt die gemäßigten Legitimisten dafür zu gewinnen, bei der dritten Berathung sich gleichfalls dafür zu erheben. Dadurch will er der Linken den Boden für ihre große Mäßigung entziehen und den Marshall in den Stand setzen, seiner Abreitung gegen die Republikaner gemäß das neue Cabinet wieder aus der Rechten und dem bisherigen rechten Centrum zu bilden. Die Linken hofft noch immer wenigstens auf ein Ministerium Dufaure, wahrscheinlicher ist aber, wenn es gelingt Broglie's Pläne zu durchkreuzen, ein Ministerium aus dem rechten und linken Centrum mit dem Herzog von Audiffret-Pasquier an der Spitze.

§ 2 bestimmt: Vom 1. April 1875 an wird die dem Herzog von Arenberg bisher zugestandene standesherreliche Gerichtsbarkeit und obrigkeitsliche Verwaltung, letztere mit den aus diesem Gesetz sich ergebenden Vorbehalt, ohne Entschädigung aufgehoben. Bening und Lauenstein beantwenden, die Worte letztere mit den aus diesem Gesetz sich ergebenden Vorbehalt zu streichen. v. Bismarck (Flatow) beantragt, "ohne Entschädigung" zu streichen; Windthorst will auch diese Worte streichen und in einem Zusatz dem Herzog das Präsentationsrecht für die juristischen Stellen wahren. Nach einer Debatte, bei der sich die Steller der Amendements beteiligten, wird § 2 mit dem Amendment Bening-Lauenstein angenommen. Hierauf wird die Berathung auf Sonnabend vertagt.

Danzig, den 6. Februar.

Die im Etat geforderte Summe von 2 Millionen Mark zur Aufbesserung der geistlichen Stellen wird, wie schon die vorigestrichene Budgetdebatte erkennen ließ, nicht ohne Anfechtung

bleiben. Die Fortschrittspartei wird wohl stimmlich geschlossen gegen die Position oder doch gegen deren Höhe stimmen. Die nationalliberale Partei hat sich in der Frage noch nicht in ihrer Gesamtheit berathen; doch scheint man innerhalb derselben darüber einig zu sein, daß durch die Bewilligung derselben dem Staate nicht eine dauernde Verpflichtung auferlegt werden darf. Der Abg. Richmonde meinte in seiner Rede, daß der Cultusminister auf Grund der im vorigen Jahre in ähnlicher Weise bewilligten 250,000  $\text{£}$  den Geistlichen eine Aufbesserung auf 10 Jahre zugesagt habe, während doch damals ausdrücklich bemerkt sei, daß die Position nicht als eine dauernde Belastung des Staates zu betrachten sei. Unseres Erachtens ist an dem letzteren Verhältnisse nichts geändert und das Abgeordnetenhaus hat jederzeit das Recht, die betreffende Position abzulehnen. An diesem Standpunkte wird auch gegenüber der neuen Förderung festgehalten werden. — Uebrigens gehen den Abgeordneten aus geistlichen Kreisen zahlreiche Bischöfliche zu, welche dahin zu wirken hütten, daß jene 2 Millionen Mark nicht zu einer allgemeinen Stellenverbesserung, sondern zu Alterssalzungen verwendet würden. Man beruft sich darauf, daß für junge Geistliche es immer noch ungleich leichter sei, die Ungunst der finanziellen Verhältnisse zu ertragen, als für die älteren, denen der Unterhalt einer Familie obliegt.

In Ungarn liegt die Dealpartei in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung und auch das Ministerium Bito im Sterben. Ein Coalitions-cabinet soll das bestatische ablösen. Dasselbe hat seine Männer von allen Seiten: das Ministerpräsidium soll dem "großen Baron", oder „großen Schweiger“ zufallen, dem conservativen Sennheis; Graf von Bah, der bisher eine Gruppe der Dealpartei führte, soll die Finanzen und Koluman Tisza das Portefeuille des Innern erhalten. Wir hatten von dem ehrgeizigen Semper etwas Besseres erwartet. Wie faul die Verhältnisse in Ungarn sind, erhebt daraus, daß König wieder an's Ruder gelangen kann. Einmal fiel er, weil er persönlich nicht intact geblieben war, und dann wurden alle Sünden, welche heute in Ungarn bestellt werden, unter der Verwaltung Lombay's geboren. Er war der erste Finanzminister Ungarn's, als nach dem Ausgleich dort constitutionelle Bahnen eingeschlagen wurden, und die Richtung, welche er in der Finanz- und namentlich in der Aulahrnswirtschaft einschlug, blieb auch nach seinem Abgang maßgebend, er hat Ungarn in die Tasche geritten, und nun soll er auch sein finanzieller Retter werden. Vielleicht läßt sich dabei eben so viel verdienen wie beim Ersten. Schon seit Neujahr singt er bei der immer mehr zu Tage tretenden Messe an eine Rolle zu spielen, und Graf Andrassy, der seit Jahren mit ihm nicht gesprochen, benutzte damals ein auffälliges (?) Zusammentreffen im Eisenbahncoups, sich mit ihm zu versöhnen. In diesen Tagen hielt er bei der Budgetdebatte, welche die Krisis herbeiführte, eine große Rede, welche ihn wieder rehabilitieren sollte und welche Gewissheit wenigstens veranlaßt hat, ihm mit in seine Kreise zu ziehen, um nicht die 70 bis 80 Abgeordneten, welche hinter ihm stehen, als Gegner zu haben. Der Dritte im Bunde ist Coloman Tisza, bis jetzt der Führer der radikalen Opposition. Schon am Neujahrstage stieß sich derselbe als Retter des Landes auf, er ließ sich nämlich von den Mitgliedern seiner Fraktion die Neujahrsgratulationen darbringen und hielt bei dieser Gelegenheit eine "große" Rede, in welcher er bewies, daß Ungarn zu Grunde gehen müsse, wenn es nicht durch den großen Staatsmann Tisza gerettet werde. Damals stellte er den 1867 abgeschlossenen Ausgleich mit Österreich als die Grundursache alles Lebels dar und meinte, Ungarns Fall werde nicht früher erblühen, als es nicht diesen Ausgleich abgeschlossen habe. Dadurch aber hatte er sich gerade unmöglich gemacht; es wurde ihm von aller Welt gesagt, Franz Joseph werde niemals einen Mann ins Ministerium berufen, der nicht jene Thatache, auf welcher das politische Leben beider Reichshäfen beruht, acceptire. Der Führer der Opposition wußte Rath, er hielt am Mittwoch bei der Budgetdebatte wieder eine natürlich "große" Rede, in welcher er ungefähr das Gegenteil von dem sagte, was er zu Neujahr gesprochen; er meinte nämlich, der Ausgleich von 1867 bilde so lange den Rechtsboden auch für Ungarn, als er nicht durch eine Uebervereinbarung aller Factoren abgedeutet werde. Dadurch ist Tisza "regierungsfähig" geworden, wie die österreichischen Blätter unter Anerkennung des werdenden Ministers sagen. Ob auch der ehrliche Ghyck im neuen Cabinet eine Stellung finden wird, ist noch fraglich. Dieses aus allen Winkeln zusammengeführte Cabinet könnte wohl nur als ein Übergang angesehen werden. Ist Baron Semper wirklich der begabte Politiker und zugleich großer Reactionär, als welcher er bisher galt, so benutzt er die Leute aus der Mitte und von links, die sich ihm, um am großen Tische sitzen zu können, zur Verfolgung stellen, nur für einige Zeit, so lange er muß, um die noch immer nicht zu unterschätzende Dealpartei in ihre Altome aufzulösen, und schickt sie dann heim, um sich mit Leuten nach seinem Geschmack zu umgeben. Diesseits der Leitha aber fragt man sich: was wird für uns aus dem Wechsel der Dinge in Pest erwachsen?

Der Staatsanwalt am hiesigen Stadtgericht hat gestern seine Appellations-Rechtfertigung gegen das einstinstanzliche Urteil wider den Grafen Arnim beim Königlichen Stadtgericht eingereicht.

Der Berliner Correspondent des "Büllionen", eines der leitenden Londoner Finanzblätter, hat durch Vergleich der Coursettel der Berliner Börse am 31. December 1872 und 31. December 1874, den Verlust berechnet, welcher innerhalb dieser beiden Jahre an 556 Actien-Gesellschaften erlitten worden ist. Danach beträgt derselbe an 556 Actien-Gesellschaften mit einem Nominal-Capital von 2,256,804,000 Thlr. nicht weniger als 781,594,793, also = Mark 2,344,783,379. Der Durchschnittsverlust an jedem einzelnen dieser 556 Effekten beläuft sich auf 55,2168 Prozent.

Professor Virchow fordert in der "Allgemeinen Wochenschrift" seine ärztlichen Collegen auf, sich bei Ausstellung der Todtenbücher einer strengeren wissenschaftlichen Terminologie zu befreien, um den allseitig gefälschten Wunsch nach Errichtung einer umfassenden ärztlichen Statistik und obligatorischer Leichenhaut seiner Verwirklichung näher zu bringen.

S. M. Schiff "Hertha" ist am 22. Dezember 1874 in dem Hafen von Rio de Janeiro eingetroffen.

Der Magdeburg. Bzg. wird von hier telegraphiert: „Unterrichtete Abgeordnete verstichern, dem Landtag werde eine Vorlage zugehen, bezüglich der Gewährung einer Staatshilfe für die Pommersche Centralbahn von nicht allzu beträchtlichem Umfang.“

Mit dem Vorschlag der Schweiz wegen einer Conferenz über das Eisenbahnwesen haben sich die Regierungen einverstanden erklärt. Die Schweiz ist jetzt zu näheren Vorschlägen über diese Angelegenheit von den Regierungen eingeladen worden.

Frankreich.

Paris, 4. Febr. Von den Mitgliedern der Commission, welche von den Abtheilungen der Nationalversammlung zur Vorbereitung der Vorlage über die Justizreform in Ägypten gewählt worden ist, haben sich 6, wiewohl unter Vorbehalt der gutachtlischen Meinungsäußerung seitens der in Ägypten sich aufhaltenden Franzosen, für die Vorlage ausgesprochen; die übrigen 9 Mitglieder haben sich gegen die Vorlage erklärt. Die zur Prüfung der Vorlage über Verbindung England's und Frankreichs durch eine unterseeische Eisenbahn niedergesetzte Commission ist durchweg dem Proje

cteum Vieblingsplane, den Krieg, wenn er sich nun einmal nicht verhindern läßt, durch Überzeugung der Mächte so wenig schrecklich wie möglich zu gestalten; er will deshalb die geringen Resultate des Brüsseler Congresses in ein neues, in Petersburg stattfindenden Conferenz feststellen lassen. Das englische Cabinet gibt aber eine brisante Antwort, es hält seine Ablehnung gleichfalls in etliche human sein sollende Klostern, an die natürlich Niemand glaubt; denn England's Humanität in internationalen Dingen läßt sich nach Pfunden und Schillingen taxiren. Unsere Soldaten, welche gegen die Voix-Armee kämpfen, wissen davon zu erzählen; denn Gambetta's Gewehre und Augenlaser kann ja zum guten Theile über den Canal. Auch für das Franc-tireurwesen hat Graf Derby's Depesche eine wohlhabende Thürme. Man meint, die erneute Rivalität in Afrika verhindere Englands unfreundliches Auftreten gegenüber Russland. Wir glauben, daß dasselbe vielmehr von der Befürchtung dictirt wird, daß man auch auf den Seezug die unruhigen, humanen völkerreichen Grundsätze proklamiren könnte. Kaiser Alexander soll die Petersburger Conferenz auch ohne England abhalten wollen. Englands Zustimmung zu den Abmachungen über den Landkrieg hätte ja nach dessen neuerer Politik auch nur theoretischen Werth. Graf Derby hat mit seiner Depesche auch den englischen Fr. einwilligen ein Vergnügen verdonnen. Diese wollten im Sommer, um die neue Verwandtschaft zu festigen, wie sonst nach Paris und Brüssel einen Ausflug nach Moskau machen; die russische Regierung hat sich aber den Besuch ausdrücklich und ernstlich verboten.

#### Deutschland.

Berlin, 5. Febr. Die Commission des hiesigen Magistrats, welche sich mit Aufstellung eines Planes für Decentralisation der städtischen Verwaltung zu beschäftigen hat, ist bisher nur einleitende Besprechungen zugewendet. Darüber ist man bereits einverstanden, daß den gebildenden Bürgermeistern Alles zugewendet werden soll, wovon durch die Centralverwaltung entlastet werden kann. — Sehr große Theilnahme findet der städtisch überraschend eingetretene Tod des früheren Chef-Rebacteurs und Herausgebers der "Nationalzeitung" Dr. Friedrich Sabel. Der selbe war 1803 in Berlin geboren und hatte sich anfänglich das Studium der Theologie zum Lebensberuf gewählt. Er hat als Predigts-Candidat zu Schwedt o. d. gepredigt, später wurde er sich jedoch literarischer Thätigkeit zu. Im Jahre 1847 gab er die Verhandlungen des ersten vereinigten Landtags heraus, später machte er sich als Berichterstatter für „die Zeitungshalle“ über die Berliner Stadtverordneten-Sitzungen bemerklich. Auch für die „Königliche Zeitung“ war er in den vierzig Jahren thätig und hatte einen Ruf als Redakteur an derselben erhalten, dem er jedoch nicht folgte. Im Jahre 1848 trat er als Chefredakteur an die durch ihn mitbegründete „Nationalzeitung“ und verblieb in dieser Stellung, bis ihn zunehmende Kränklichkeit im vorigen Monat nötigte, diese Stellung aufzugeben und als Herausgeber gewissermaßen ein Ehrenamt zu übernehmen. Der Verstorbene erfreute sich allgemeiner Achtung in den weitesten Kreisen. Die Beerdigung wird am Sonntag Mittag auf dem Friedhof der Dreifaltigkeitsgemeinde stattfinden.

Mit dem Bau der Stadtbahn wird nun endlich vorangegangen werden. Der Handelsminister hat an den Regierungsrath Stephan hier selbst die Leitung der Expropriations-Verhandlungen in Betreff der Stadtbahn commissarisch übertragen und soll damit in der nächsten Zeit der Anfang gemacht werden.

Der Staatsanwalt am hiesigen Stadtgericht hat gestern seine Appellations-Rechtfertigung gegen das einstinstanzliche Urteil wider den Grafen Arnim beim Königlichen Stadtgericht eingereicht.

Der Berliner Correspondent des "Büllionen", eines der leitenden Londoner Finanzblätter, hat durch Vergleich der Coursettel der Berliner Börse am 31. December 1872 und 31. December 1874, den Verlust berechnet, welcher innerhalb dieser beiden Jahre an 556 Actien-Gesellschaften erlitten worden ist. Danach beträgt derselbe an 556 Actien-Gesellschaften mit einem Nominal-Capital von 2,256,804,000 Thlr. nicht weniger als 781,594,793, also = Mark 2,344,783,379. Der Durchschnittsverlust an jedem einzelnen dieser 556 Effekten beläuft sich auf 55,2168 Prozent.

Professor Virchow fordert in der "Allgemeinen Wochenschrift" seine ärztlichen Collegen auf, sich bei Ausstellung der Todtenbücher einer strengeren wissenschaftlichen Terminologie zu befreien, um den allseitig gefälschten Wunsch nach Errichtung einer umfassenden ärztlichen Statistik und obligatorischer Leichenhaut seiner Verwirklichung näher zu bringen.

S. M. Schiff "Hertha" ist am 22. Dezember 1874 in dem Hafen von Rio de Janeiro eingetroffen.

Der Magdeburg. Bzg. wird von hier telegraphiert: „Unterrichtete Abgeordnete verstichern, dem Landtag werde eine Vorlage zugehen, bezüglich der Gewährung einer Staatshilfe für die Pommersche Centralbahn von nicht allzu beträchtlichem Umfang.“

Mit dem Vorschlag der Schweiz wegen einer Conferenz über das Eisenbahnwesen haben sich die Regierungen einverstanden erklärt. Die Schweiz ist jetzt zu näheren Vorschlägen über diese Angelegenheit von den Regierungen eingeladen worden.

Frankreich.

Paris, 4. Febr. Von den Mitgliedern der Commission, welche von den Abtheilungen der Nationalversammlung zur Vorbereitung der Vorlage über die Justizreform in Ägypten gewählt worden ist, haben sich 6, wiewohl unter Vorbehalt der gutachtlischen Meinungsäußerung seitens der in Ägypten sich aufhaltenden Franzosen, für die Vorlage ausgesprochen; die übrigen 9 Mitglieder haben sich gegen die Vorlage erklärt. Die zur Prüfung der Vorlage über Verbindung England's und Frankreichs durch eine unterseeische Eisenbahn niedergesetzte Commission ist durchweg dem Proje

#### Spanien.

Ferrrol, 4. Febr. Die deutschen Kriegsschiffe "Augusta" und "Albatross" sind heute Nachmittags, von Santander kommend, hier eingetroffen. (B. T.)

#### Italien.

Rom, 2. Febr. "Popolo Romano" erzählt, daß Bischof Stromayer dem Papste nun doch seine Aufwartung gemacht hat. Im Vatican wünscht man, daß dieser Besuch stattfinde, und Cardinal Franchi wurde mit der Eröffnung des Terrains beauftragt. Stromayer hatte verlangt, daß sich die Audienz nicht auf das Thema der Unfehlbarkeit beziehen solle, und daß man nicht wieder gewisse Szenen, wie bei seiner letzten Audienz, aufführen möge, in welcher Pius IX., Formel und Feder präsentrend, an Stromayer das Unfehlbarkeitsdogma unterschrieben. In der That erwähnte denn auch Pius IX. in der vorausgegangenen Audienz die Unfehlbarkeit mit keinem Worte, und der Empfang soll an Herzlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen haben.

#### England.

London, 5. Febr. Das conservative Journal "Hour" stellt die von mehreren Blättern verbreitete Nachricht, daß Israel von seinem Ministerposten zurückgetreten und der Herzog von Richmond die Führung der conservative Partei übernehmen werde, formell in Abrede. (B. T.)

England hat zwei Männer durch den Tod verloren, deren Namen auch im Auslande einen guten Ruhm haben. George Finlay, dem wir wohl die beste Geschichte über den griechischen Unabhängigkeitskrieg verdanken, und Sir Sterndale Bennett, dem bedeutendsten unter den zeitgenössischen Musikern Englands. Finlay, seit vielen Jahren Berichterstatter der "Times" in Athen, war zu einer Zeit nach Griechenland gegangen, als ganz Europa für die Wiedergeburt des Hellenenthums schwärmt, und war dort häufig geblieben trotz der vielen Enttäuschungen, die er und alle übrigen Griechenfreunde erfahren mußten. Er blieb dem Vaterland seiner Wahl treu bis an sein Lebensende, und wie wenig er den dort wechselnden Regierungen seine Überzeugung jemals angepaßt, dafür liefern seine Berichte den besten Beweis. Sterndale Bennett, der nach längstem Leiden in seinem sechzigsten Jahre verschied, zeichnete sich schon in früher Jugend durch sein Compositontalent aus, erhielt seine erste Bildung auf der Londoner Musikhochschule, lebte längere Zeit in Deutschland, woselbst seine Compositionen sich der Anerkennung der bedeutendsten Fachmänner, darunter Mendelssohn's und Schumann's, erfreuten, war längere Zeit Director der London Philharmonic Society und erhielt als Anerkennung seiner Leistungen im Jahre 1871 von der Königin Victoria die Ritterwürde. Neben der Würde seiner Schöpfungen ein Urtheil zu fassen, ist hier nicht der Platz, doch mag hier eine Stelle aus Schumann's gesammelten Schriften über Musik und Musiker eine Stelle finden, welche lautet: „Aber jener Engländer (Bennett) ist unter allen den Theilnehmern am würtzigen, ein geborner Künstler, wie selbst Deutschland wenige aufzuweisen hat.“

#### Danzig,



Nach beendeter Inventur habe ich eine Partie  
**Seidenstoffe, seidener Poplins, Wollenstoffe,  
 Barêges u. abgepasster Roben; ferner: Costumes,  
 Paletots in Sammet, Seide und Wolle, Tuniques**  
 im Preise bedeutend herabgesetzt.

**W. JANTZEN.**

Freireligiöse Gemeinde.  
 Sonntag, den 7. Februar, Vormittags  
 10 Uhr, Predigt: Herr Pred. Röder.  
 Heute früh 1 Uhr wurde meine liebe Frau  
 Helene geb. Stoboy von einem mun-  
 ternen Töchterchen glücklich entbunden.  
 Dieses zeigt statt besonderer Meldung  
 ergeben ist.  
 Niechowen, den 5. Febr. 1875.  
 Bredan.

Dienstag, den 9. Febr.  
 Vormittags 10 Uhr, am Schaferei-  
 sohn Wasser anberaumte

### Auction

über 140 Last Whitwood-Steamb-  
 kohlen findet nicht statt.  
 75) F. G. Reinholt.

Sonntag, den 7. bleibt mein Ge-  
 schäft von 2 Uhr Nachmittags  
 geschlossen. H. Schubert, Friseur.

Die billigsten Visitenkarten, elegant  
 lithographirt,  
 100 Stück weiße Glacee 1 Mrl. 30 Pf.  
 100 gelb Carton 1 Mrl. 50 Pf.  
 liefern nach Mustern

Müller & Co.

31) Comtoir Holzgasse No. 2.  
 Die Stralsunder Spielkarten-  
 fabrik

W. Falkenberg & Go.,  
 Stralsund, gewährt Wiederverkäufern den  
 höchsten Rabatt.  
 General-Agent  
 Emil A. Baus,

6) Fleischergasse 61.

Amerikanische  
 6% Anleihe pro 1882.

Gekündigt sind per 1. Mai er. rück-  
 zahlbar, von da ab jährlich:

IV. (No. 20001 bis 23700 a Doll. 1000.  
 Serie 7001 = 11100 a Doll. 500.  
 10501 = 23100 a Doll. 100.  
 4962 = 8350 a Doll. 50)

und können dieselben von jetzt ab jährlich bei uns realisiert werden.

Baum & Liepmann,  
 184) Bankgeschäft,  
 Langenmarkt No. 18.

Eine Partie von  
 50 Ballen französischen  
 Wallnüssen

ist im Ganzen oder getheilt zu ver-  
 kaufen durch

Grossmann & Neisser,  
 Comtoir: Langgasse 15.

Ratten, Mäuse, Motten, Wanzen,  
 Schwaben etc. vertilgt mit  
 2jahr. Garantie. Auch empf. meine Webila-  
 mente z. Bert. d. c. Ungeziefers. J. Dren-  
 king. K. & Co. Kammer. Tischlera. 31. (172

**Ballschuhe**  
 halten wir in vorzüglicher Aus-  
 wahl und in neuemuster Muster  
 jeder Art am Lager, die wir zu  
 billigsten Preisen empfehlen.  
 Oertell & Hundius,  
 9954) 72. Langgasse.

**Amerikanischer Stärke-**  
**Glanz**

ertheilt als Zusatz zur Stärke der damit be-  
 handelten Wäsche eine schöne Weisse, Glätte  
 und Glanz; das Blätter der Wäsche erfolgt  
 daher leicht, schnell, egal und bewahrt die-  
 selbe vor Vergelben.

Preis pro Tafel mit Gebrauchs-Anwei-  
 sung 2½ Ltr. empfiehlt die Handlung von  
 Parfümerien, Seifen, Drogen und  
 sämmtlichen Wasch-Artikeln von

Albert Neumann,  
 Langenmarkt No. 3, vis-a-vis der Börse.

**Norweger**  
**Leber-Chran**  
 vorzüglicher Qualität, empfiehlt  
 Herrmann Lietzau,  
 Apotheke u. Droguen-Handlung.  
 160) Holzmarkt No. 1.

**Rothe Erbsen zur Saat**  
 zum Preise von 180 Mark pro 1000 Kil. sind  
 zum Verkauf in Rohlan bei Warburg.

**Ein altes Gebäude**  
 nebst Seitengebäude  
 und Hof, in der Hundegasse  
 Nähres Hundegasse 108.



Verkauf 1872:  
 219,758 Stück.

Die Original-Nähmaschinen

Über 1,000,000  
 im Gebrauch.

vinger Manufacturing Company, Newyork,

grösste Nähmaschinen-Fabrik der Welt,

übertreßt durch ihre außerordentliche Leistungsfähigkeit und Dauer alle anderen Systeme und Nachahmungen.

Auf das Höchste vervollkommen ist besonders

die neue Familien-Nähmaschine zum Fuss- und Handbetrieb

für den Hausgebrauch, Weißnäherei, Damenschneiderei, Mützen-, Corset- und Schirmfabrikation etc.

Die neuen Medium- und Manufactur-Nähmaschinen

bilden Spezialitäten für alle gewerblichen Zwecke, als Schneider, Schuhmacher, Segelmacher, Sattler, für Haushaltung, Sachnäherei etc.

Die Nähmaschinen der Singer Manufacturing Co. sind anerkannt von dem vorzüglichsten Material und durch Bewegung

der vollkommenen Arbeitsmaschinen mit unerreichter Accurateit hergestellt, die Construction ist die einfachste aller existierenden

Nähmaschinen, daher die Handhabung leichter zu erlernen, wie bei irgend einem andern Fabrikat.

**A. HEDRICH, Heiligegeistgasse 117.**

Alle sonst am hiesigen Platze als „Singer“ ausgetragenen Nähmaschinen sind nachgemachte.

Die durch den Ausverkauf entstandenen

### Reste von Kleiderstoffen

### und Roben von knappem Maß

empfehlen wir, um gänzlich damit zu räumen, bedeutend unter Inventur-Preisen.

Ferner stellen wir zum Ausverkauf zu Inventur-Preisen:

Seidene Damen-Shawls verschiedenster Art,  
 Stepp-Röcke und Staub-Röcke,  
 Velour-Rotunden.

**F. W. Faltin & Co. Nachfolger**

H. Regier. (Langgasse 10.) F. Wedemeyer.

Von Amerikanischer 6% 82er Anleihe

sind gekündigt per 1. Mai er.

Serie IV. à 50 Doll. No. 4962—8350.

à 100 Doll. No. 10501—23100.

à 500 Doll. No. 7001—11100.

à 1000 Doll. No. 20001—23700.

Ich löse dieselben schon jetzt coursmäßig ein.

**Martin Goldstein,**

Bank- und Wechsel-Geschäft,

10. Langenmarkt 10.

Eine ausgebildete Kindergärtnerin, die  
 bereits in Familien als solche fungiert  
 darf, auch gleichzeitig Kindern den ersten  
 Klavier-Unterricht erteilen kann, wird zum  
 1. April gefucht. Hierauf beißt mit No. 150  
 bezeichnete Meldungen, nebst Angabe der  
 bisherigen Stellung, nimmt entgegen die  
 Expedition dieser Zeitung.

Meine Gastwirtschaft,

verbunden mit Material- und Schnittwaren-  
 Geschäft, ist vom 1. Mai, wenn es gewünscht  
 wird auch vom 1. April ab, mit auch ohne  
 Land zu verpachten.

A. Heinrichs in Neichenberg.

**Brodbänkengasse 24** ist der  
 neu ausgebauten Laden m. Wohnung, nahe  
 a. Wasser gelegen, sofort zu verm.

Auf Verlangen: Variation über das Fuchs-  
 lied von Suppé.

a. Bizzicato-Polka von

II. Theil.

Ouverture zu Oper „Der Freischütz“ von

Weber.

Wiener Blut, Walzer von Strauss.

Des Jägers Traum, große Fantasie von

Hofstmann.

Schnick-Schnack, großes Potpourri v. Pötsch.

III. Theil.

Auf Verlangen Ouverture zur Operette

„Die schöne Galathée“ von Suppé.

Auf Verlangen: Variation über das Fuchs-  
 lied von Suppé.

a. Bizzicato-Polka von

III. Theil.

Auf Verlangen: Humoristische Fantasie über

die Kutsch-Balla von Stämm.

Auf Verlangen: Großes (musikalisch)

Actienunternehmen, großes Potpourri mit

verschiedenen humoristischen Ein-  
 lagen von Conradi.

137) 2. Allian, Kapellmeister.

**Programm.**

I. Theil.

Faschings-Marsch von Kilius.

Ouverture zu „Nubbezahl“ von Klotow.

Die schöne Welt, Walzer von Rudenshuk.

Tannhäuser-Marsch von R. Wagner.

(Auf Wunsch) Quadrille aus „Montell  
 Angol“ von Strauss.

II. Theil.

Ouverture zur Oper „Der Freischütz“ von

Weber.

Wiener Blut, Walzer von Strauss.

Des Jägers Traum, große Fantasie von

Hofstmann.

Schnick-Schnack, großes Potpourri v. Pötsch.

III. Theil.

Auf Verlangen: Variation über das Fuchs-  
 lied von Suppé.

1. Theil.

Ouverture zu Oper „Der Freischütz“ von

Weber.

Wiener Blut, Walzer von Strauss.

Des Jägers Traum, große Fantasie von

Hofstmann.

Schnick-Schnack, großes Potpourri v. Pötsch.

IV. Theil.

Auf Verlangen: Variation über das Fuchs-  
 lied von Suppé.

1. Theil.

Ouverture zu Oper „Der Freischütz“ von

Weber.

Wiener Blut, Walzer von Strauss.

Des Jägers Traum, große Fantasie von

Hofstmann.

Schnick-Schnack, großes Potpourri v. Pötsch.

2. Theil.

Auf Verlangen: Variation über das Fuchs-  
 lied von Suppé.

1. Theil.

Ouverture zu Oper „Der Freischütz“ von

Weber.

Wiener Blut, Walzer von Strauss.

Des Jägers Traum, große Fantasie von

Hofstmann.

Schnick-Schnack, großes Potpourri v. Pötsch.

2. Theil.

Auf Verlangen: Variation über das Fuchs-  
 lied von Suppé.

1. Theil.

Ouverture zu Oper „Der Freischütz“ von

Weber.

Wiener Blut, Walzer von Strauss.

Des Jägers Traum, große Fantasie von

Hofstmann.

Schnick-Schnack, großes Potpourri v. Pötsch.

2. Theil.

Auf Verlangen: Variation über das Fuchs-  
 lied von Suppé.

1. Theil.</p